noch nicht in der entsprechenden Weise nachgegangen worden; vielmehr hat man nicht selten versucht, gegenteilige Beweise zu erbringen.[40] Und von spezieller Relevanz ist in beiden Räumen das dort ansässige und zugewanderte Judentum.

[40] So wird z. B. die soziale Frage in Oberschlesien so gut wie ausschließlich unter dem Aspekt der besonders schlechten sozialen Zustände dort gesehen, ohne eine Reihe von Faktoren, die diese in einem anderen Licht erscheinen lassen, zu berücksichtigen. Dadurch nämlich wird manches, was hier auf sozialem Gebiet geschah, verständlicher – erinnert sei lediglich an die schwierige Konkurrenzsituation. Gleichwohl soll dieser Hinweis nicht als Entschuldigung der sozialen Misere verstanden werden.

Hingewiesen sei darauf, daß, wie übrigens die Industrie in ihrer Gesamtheit, so auch die Oberschlesiens diesseits und jenseits der Grenze ihre Entwicklung im eigentlichen Sinne dieses Wortes in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts erlebte, nachdem die Grundlagen in der ersten Jahrhunderthälfte gelegt worden waren. So erfolgte beispielsweise der früheste systematische Abbau von Steinkohle im „zweitwichtigsten Industriegebiet Kongreß-Polens„ – dem Dombrowaer Bezirk – zu Beginn des 20. Jahrhunderts seit Ende des 19. Jahrhunderts; er wurde preußischerseits vorgenommen. Fast die gesamte Fördermenge (87%), die um 1914 etwa 1/7 der oberschlesischen Förderung entsprach, blieb in Polen, etwa 11 % gingen nach Rußland, ca. 1 % nach Deutschland, und in die Donaumonarchie. Hierbei handelte es sich in der Hauptsache um Magerkohle, die für verschiedene industrielle Zwecke nicht verwendbar ist. Daher war Kongreßpolen beispielsweise für seine Eisenindustrie auf die Einfuhr fremder, vor allem oberschlesischer Kohle angewiesen.

Neben den Steinkohlenvorkommen waren für die Entwicklung des Industriebezirks Dombrowa die dortigen Eisenerzlager von ausschlaggebender Bedeutung. Brauneisenerze wurden zusammen mit Zink- und Bleierzen abgebaut. So entwickelte sich neben dem Steinkohlenbergbau ein Eisenerzbergbau, zudem ein Zinkbergbau einschließlich einer darauf aufbauenden weiterverarbeitenden Industrie, gestützt und geschützt vor allem durch die russischerseits praktizierte Schutzzollpolitik. „Die Maßnahmen der russischen Politik liefen darauf hinaus, durch Schutzzölle die Einfuhr von deutschem Roheisen zu verhindern, was die oberschlesischen Werke veranlaßte, in ‚Kongreß-Polen' eigene Betriebe zu errichten." Die polnischen Eisenwerke waren daher in ihrer Mehrzahl Tochtergründungen oberschlesischer Unternehmen. Der technische Stand der polnischen Eisenindustrie während der Zeit vor 1914 war beachtlich. Hinsichtlich des Erz-, insbesondere des Steinkohlenbezugs, letzterem aus Oberschlesien und Mährisch-Ostrau, arbeitete sie unter weit ungünstigeren Bedingungen als die oberschlesische Eisenindustrie, die vom Kohlenimport unabhängig war. Doch trotz dieser Schwierigkeiten und trotz der Tatsache, daß der Eisenverbrauch in ‚Kongreß-Polen' im Vergleich zu Deutschland gering war, arbeiteten die Werke dennoch gewinnbringend, weil sie sich einmal auf Staatsaufträge stützen konnten, zum andern infolge der hohen Schutzzölle fremde Konkurrenz nicht zu fürchten brauchte. Etwa 18 % der polnischen Eisenproduktion wurden in Rußland abgesetzt.

Außer der Kohle-, Eisen- und Zinkindustrie im Dombrowaer Bezirk waren hier chemische Werke, Zementwerke, Textil-, Papierfabriken etc. entstanden. Trotz ihres schnellen Wachsens und des dadurch erreichten Produktionsausstoßes stellte sie für die oberschlesische Industrie keine nennenswerte Konkurrenz dar, und zwar einmal wegen der „quantitativ wie qualitativ geringeren Arbeitsleistung" auf den dortigen Anlagen, sodann wegen der unzureichenden Verkehrseinrichtungen, wodurch sich die Kosten und damit die Preise für die Erzeugnisse aus dem Dombrowaer Revier relativ hoch stellten (E. Wunderlich, Geographischer Bilderatlas von Polen (Kongreß-Polen), a. a. O. S. 102, 104 und 106).

Zu dem insgesamt angesprochenen Komplex und den damit zusammenhängenden Detailfragen vgl. auch Stanisław Smolka (ed.), Korespondencya Lubeckiego z ministrami sektretarzami stanu Ignaz ym Sobolewskim i Stefanem Grabowskim, Bd. 1–4, Kraków 1909; Stanisław Smolka, Polityka Lubeckiego przed powstaniem listopadowym, 2 Bde., Krakow 1907; Mieszczyslaw Ajzen, Polityka gospodarcza Lubeckiego 1821–1830, Warszawa 1932; Stosław Zembrzuski, Polityka celna Królestwa Kongresowego, in: Zbiór prac ekonomiczno-rolniczych prof. W. Grabskiego, . . . (= Prace Zakladu polityki ekonomicznej Szkoly Glównej Gospodarstwa Wiejskiego w Warszawie pod j kierrunkiem Prof. W. Grabskiego – I/1928–29, Warszawa 1930, S. 317–74 und Czesław Strzeszewski, Handel zagraniczny Królestwa Kongresowego (1815–1830), Lublin 1937.

Zur sozialgeschichtlichen Analyse der polnischen und der deutschen Gesellschaft 1831–1848

von Wacław Długoborski

1. Es ist nicht der Zweck meiner Ausführungen, die gesellschaftlichen Strukturen beider Länder in ihrer ganzen Mannigfaltigkeit zu beschreiben, sondern nur methodologische Ansätze zu einer solchen Analyse vorzuschlagen. Komparative Analysen von sozialen Strukturen bilden eine der schwierigsten Aufgaben der modernen Geschichtsforschung, was u.a. mit der Vieldeutigkeit solcher Begriffe wie „Gesellschaft", „Struktur", „Klasse", „Schicht", „Nation" zusammenhängt. Trotzdem darf der Historiker nicht auf einen Vergleich von sozialen Strukturen und von Prozessen des sozialen Wandels verzichten. Das trifft besonders für unsere Tagung zu, wo die Beweggründe verschiedener politischer Strömungen zweier sich erst im Entstehen befindlicher nationaler Gesellschaften untersucht werden sollen. Weitere Schwierigkeiten entstehen dabei für den Forscher aus den spezifischen Wesenszügen der deutschen wie auch polnischen sog. Sonderentwicklung, die in der ersten Hälfte des 19. Jhd. besonders kraß hervorzutreten scheinen.

2. In beiden Fällen war der eigene, einheitliche Staat nicht vorhanden und das Land politisch zersplittert, was die horizontale Integration, d.h. die Gleichschaltung von ökonomischen und sozialen Strukturen wesentlich gehemmt hatte wie auch die Entwicklungsunterschiede zwischen den einzelnen Landesteilen verstärkte. Selbst der Umfang des Landesterritoriums war hier eine offene Frage. Das Gebiet der beiden größten deutschen Staaten - Preußen und Österreich - erstreckte sich weit über das ethnisch deutsche Gebiet, was 1848 in der Frankfurter Nationalversammlung harte Auseinandersetzungen über die Posener und über die tschechische Frage hervorrufen sollte. Die Polen dagegen wollten ihren künftigen Staat in den „historischen" Grenzen von 1772 neuaufgebaut sehen. Gleichzeitig wurde aber in denselben politischen Programmen, wie z.B. im „großen" Manifest der Pariser Polnischen Demokratischen Gesellschaft, der Anspruch auf die ethnisch-polnischen Gebiete erhoben, welche, wie Oberschlesien, der polnischen Adelsrepublik nie angehört hatten.[1]

Wegen der politischen Zersplitterung Deutschlands sind hier zwei Arten von nationsbildenen Prozessen hervorgetreten. „Die Einzelstaaten standen vor der einmaligen Chance... zu einer eigenen Nationsbildung zu gelangen", gleichzeitig aber „wendeten sich die Erwartungen der bürgerlichen Schichten notwendig von ihnen ab und der gesamtnationalen Ebene zu".[2] In Polen dagegen „ist eine reale und konkrete ökonomische Gefahr einer Entstehung von drei polnischen Nationen" freilich erst um die Wende des 19. Jahrhunderts hervorgetreten. Ansätze dieser Entwicklung waren jedoch schon nach 1831 spürbar.[3]

Auch in der Entwicklung von nationsbildenden Einstellungen und Ideologien waren in beiden Ländern entgegengesetzte Tendenzen sichtbar. In Polen „hinterließ die zugrunde gehende Erste Republik dreierlei Konzeptionen einer Nation: einer Adelsnation, einer Nation von Besitzern, wie auch Ansätze einer Idee der Volksnation (idea narodu-ludu)".[4] In Deutschland bestanden als Hinterlassenschaft aus vornapoleonischer Zeit die vom territorialen Hochadel repräsentierte Idee der Deutschen Nation als Trä-

[1] Towarzystwo Demokratyczne Polskie. Dokumenty i pisma. Hrsg. von B. Baczko. Warszawa 1954, S. 87 ff.

[2] O.Dann, Der politische Strukturwandel und das Problem der Nationsbildung in Deutschland um die Wende des 18. Jahrhunderts. Deutsch-polnische Historiker-Tagung, Freiburg i.Br., 1978, S.10 (Manuskript).

[3] T. Łepkowski, Naród polski w epoce rozbiorów, in: Studia nad roszwojem narodowym Polaków, Czechów i Słowaków..., Wrocław-Warszawa 1976, S.50.

[4] K.Grzybowski, Rzeczy odległe a bliskie. Rozmyślania o historii Polski, Warszawa 1969, S. 171.

ger des Heiligen Römischen Reiches und die von den Schicksalen dieses Reiches völlig unabhängige, von den hochdeutschsprachigen Intellektuellen getragene Idee der deutschen Kulturnation (F.Meinecke), zu denen sich eine neue, aus dem revolutionären Frankreich kommende Idee einer Identitätsbildung der gesamtdeutschen bürgerlichen Gesellschaft gesellte. Selbstverständlich waren diese Ideen nicht im Stande, die Entwicklung jener ökonomischen Erscheinungen zu bestimmen, welche für die Richtung und den Charakter des sozialen Wandels maßgebend waren. Sie sind jedoch überall dort hervorgetreten, wo sich dieser Wandel politisch zu artikulieren begann.

3. Wenn wir den Boden einer Theorie der sozial-ökonomischen Formationen oder nur einer Strukturanalyse als Gegenbegriff zur individualisierenden Geschichtsbetrachtung betreten, bereitet uns die Erforschung der Periode 1831-1848 ernste Schwierigkeiten, da sich hier zwei dieser Formationen, zwei gesellschaftliche Strukturen - eine feudale und eine kapitalistische - überlagern. Erscheinungen solcher Art auf theoretisch fundierte Weise in den Gang der geschichtlichen Entwicklung einzuordnen, hatte man mit Hilfe des Begriffs „ökonomische Verfassung" zu erreichen versucht. Es handelte sich dabei um Gesellschaften, in welchen zwei „modellartige", miteinander engstens verbundene Produktionsweisen hervortraten. Diesen entsprachen zwei Paare dichotomisch sich gegenüberstehender, aber zugleich sich einander durchdringender Gesellschaftsklassen, wie z.B. feudale Großgrundbesitzer und Fronbauern, kapitalistische Verleger und Heimarbeiter.[5] Schon dieses Beispiel scheint die Unvollkommenheit solcher Art von Analyse zu zeigen. Einer dem Feudalherrn Frondienste leistender oder Zins zahlender Bauer konnte zugleich als ein Lohnweber oder Lohnspinner für einen Verleger arbeiten.

Ebenso unvollkommen ist die Konzeption der Phasenverschiebung, „des Zuspätkommens und Nachholens, beziehungsweise Einholens... von Entwicklungsstadien als Vollzüge der Angleichung an die Norm".[6] Im Rahmen einer und derselben Gemeinschaft, nicht nur nationalen (Makrostruktur), sondern auch lokalen (Mikrostruktur) Charakters, können Elemente verschiedener Entwicklungsphasen - sowohl ökonomischer, wie auch sozialer - vertreten sein. Gerade in manchen Teilen Deutschlands in der Vormärzperiode, ähnlich wie im Frankreich am Vorabend der Revolution von 1789, wurden „feudale Eigentumsformen und die ihnen entsprechenden Rechtstitel intensiv ausgestaltet zu einem ertragreichen Instrument der Befriedigung kapitalistischer Bedürfnisse", oder - um den Ausdruck Georges Lefebvres zu gebrauchen - „der Kapitalismus drang zum Teil unter der Decke des Feudalrechts in die Landwirtschaft ein".[7] Ähnliche Vorgänge waren in den dreißiger und vierziger Jahren im Königreich Polen zu beobachten. Die durch das Bauernlegen erworbenen Ackerstücke haben die Großgrundbesitzer in ihre Vorwerke eingegliedert, um sie dann auf „moderne" Weise (eigenes Zugvieh, Lohnarbeit) zu bewirtschaften. Für die übrigen Teile des Bodens mußten die Bauern die Frondienste weiter leisten, wurden aber vom Gutsherrn nur zu verschiedenen Hilfsarbeiten benutzt. Auch in der Bergbau- und Hüttenindustrie war dieser Dualismus von Produktionssystemen zu beobachten - nicht nur im Königreich Polen, sondern auch in Schlesien, was hingegen in den west- und mitteldeutschen Bergbaugebieten nicht der Fall war.

So könnte man, beide Gesellschaften vergleichend, eine Gemeinsamkeit von Entwicklungsungleichmäßigkeiten oder eine „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen"

[5] Vgl. J.Hochfeld, Studia o marksowskiej teorii społeczeństwa. Warszawa 1963, S.171 ff; eine neue Würdigung dieser Konzeption: W.Wesołowski, K.M.Słomczyński, Teoretyczne ujęcia struktury klasowej i warstwowej w Polsce w latach 1945-1975, in: Kształt struktury społecznej.Studia do syntezy. Hrsg. von W.Wesołowski, Wrocław-Warszawa 1978, S.17 ff.

[6] H.Grebing, Aktuelle Theorien über Faschismus und Konservatismus. Eine Kritik, Stuttgart 1974, S.78.

[7] Vgl. E. Hinrichs, Die Ablösung von Eigentumsrechten. Zur Diskussion über die droits féodaux in Frankreich..., in: Eigentum und Verfassung. Hrsg. von R. Vierhaus, Göttingen 1972, S.167-168.

(H.U. Wehler) feststellen, was aber eine allgemeineuropäische Erscheinung zu sein scheint und in den Rahmen des sog. West-Ost-Gefälles einzuordnen wäre. Wäre es nicht möglich, Indikatoren ausfindig zu machen, um in den beiden Gesellschaften das Verhältnis von „Altem" und „Neuem", von Elementen des Feudalismus und des Kapitalismus, „messen" zu können?

4. Dies zu erreichen scheint eine der Aufgaben der in letzter Zeit viel diskutierten Modernisierungstheorien zu sein, die ein neues Paradigma schaffen wollen, um es mehr als jedes andere Kategorienbündel erschließen zu können.[8] Man hat schon aufgehört, in der Modernisierung einen teleologischen Vorgang zu erblicken, in deren Verlauf einzelne nationale Gesellschaften, wenn auch auf verschiedenen Wegen, den gemeinsamen idealen Zustand im Sinne einer wirtschaftlichen und sozialen „maturity" (W.W. Rostow) erreichen sollten. Modernisierung soll bloß als ein Bestreben nach Gleichgewicht, nach Harmonie zwischen den einzelnen Bestandteilen der gesellschaftlichen Entwicklung betrachtet werden: Produktion und Markt, Bewußtsein und Kultur, Affinität und Organisation des sozialen Daseins, Bürokratie und Staat.[9] So soll das Modernisierungstheorem, die oben genannten methodologischen Schwierigkeiten überwindend, die mannigfaltigen ökonomischen, sozial-politischen und kulturell-geistigen Strukturen solcher Übergangsepochen wie des Vormärz in Deutschland oder der Periode zwischen dem November-Aufstand und dem Januar-Aufstand in Polen in einem komplexen Modell erfassen. „Statt linearem Aufstieg und totalem Sieg des Neuen kann erst das Nebeneinander von Alt und Neu, können ihre Vermischung, Kollaboration und schleichende Mutation, die Verstärkung von Modernem durch Traditionelles, von Traditionellem durch Modernes die Spannungen des realhistorischen Prozesses erfassen helfen".[10] Zugleich soll dieses Theorem der Marxschen Geschichtsphilosophie folgend „die Wirkungszusammenhänge von ökonomischer Entwicklung, sozialem Wandel, politischer Herrschaft, Ideen und Ideologien... erfassen und aus deren Wechselwirkung die Dynamik des Entwicklungsprozesses ableiten".[11] Dabei müßte offen bleiben, wie der Vorrang der sogenannten ökonomischen Basis, ihr Einfluß auf den sog. Überbau und die beiderseitige Wechselwirkung zu verstehen wäre. „Der Überbau ist nämlich nicht das reine Phänomen der Struktur; er ist auch ihre Existenzbedingung".[12]

Für das Vergleichen von Entwicklungsphasen verschiedener Gesellschaften oder ihrer gesellschaftlichen Strukturen reichen die rein ökonomischen oder „sozialen" Indikatoren nicht aus. Zu berücksichtigen wären auch solche wie das Bildungsniveau, die politischen Aktivitäten und die Art ihrer Artikulierung, die Systeme von Wertvorstellungen u.ä. Dies trifft besonders dann zu, wenn die Analyse des sozialen Wandels zu einer Grundlage für die Erforschung von politischen Strömungen, ihrer Verbreitung und ihres Einflusses auf die Schicksale der einzelnen Nationalgesellschaften werden soll. In Deutschland und in Polen waren 1831-1848 politische Lager von ähnlichen Programmen und Ideologien vorhanden, die sogar - wie im Falle der deutschen und der polnischen Demokraten - ein konkretes Zusammengehen anstrebten. Waren sie Träger derselben sozialen Kräfte und ihrer Interessen, oder waren für diese Ähnlichkeiten die gleichen fremden Muster maßgebend, wie französische im Falle der Demokraten, englische im Falle der „modernen", liberalen Konservativen?[13] Trifft die erste Möglichkeit zu,

[8] So z.B. A. Kaplan, The Conduct of Inquiry, San Francisco 1964, S.52.

[9] Nach Ausführungen von R. Flora, Modernisierungstheorie und Geschichtswissenschaft. (Deutsch-polnische Historikertagung, vgl. Anm. 2).

[10] H.U. Wehler, Modernisierungstheorie und Geschichte, Göttingen 1975, S.41

[11] Ebda, S.56.

[12] L.Althusser, Für Marx. Dt. Ausgabe: Frankfurt a.M. 1968, S.151; Vgl. auch ders. u.E.Balibar, Lire „Le Capital". Pln.Ausgabe: Warszawa 1975,S.338 ff.

[13] Vgl. R.R. Ludwikowski, Konserwatyzm Królestwa Polskiego w okresie międzypowstaniowym (z rozważań nad ideologią i polityką), Kraków 1976, S.28 ff.

so könnten wir unseren Gedankengang umwenden: die nationalen Wesenszüge und die Verbreitung von bestimmten politischen Strömungen könnten für die Richtung und Phase des ihnen entsprechenden sozialen Wandels maßgebend sein. Andererseits könnte die Wahrnehmung und Anpassung fremder Ideologien und Programme als einer der Indikatoren des sozialen Wandels betrachtet werden.

5. Am Beispiel dieser Art von Fragestellungen wird übrigens sichtbar, wie unpräzise der Begriff „Klasse" oder „Schicht" ist, der ausschließlich als eine „objektive", sozialökonomische Kategorie betrachtet wird. „Class is a relationsship, and not a thing", wobei „the relationsship must always be embodied in real people and in real context... and class happens when some men, as a result of common experiences, feel and articulate the identity of their interests as between themselves, and as against other men whose interests are different from theirs".[14] „Die sozial-geschichtliche Entwicklung" verläuft nicht nur auf dem Gebiet der Politik und der Realisierung von politischen Programmen, sondern auch „auf dem Gebiete der alltäglichen Kontakte der großen Menschenmassen, die bei der Arbeit, im Familienleben, in der Schule und in der Freizeit stattfinden".[15] Auf dem Gebiete der universalen, allgemeingeschichtlichen Forschung bedeutet dies, die Kontakte und die beiderseitigen Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Nationalgesellschaften in ihrem ganzen Umfang untersuchen zu müssen.[16]

Bei einer Untersuchung der Kontakte und Wechselwirkungen von bestimmten, konkreten Gesellschaften entsteht die Frage, welche Klassen, Schichten, sozialpolitischen Eliten für die Art und Entwicklung dieser Kontakte maßgebend waren. Im Falle von Polen und Deutschen muß man auch die von den beiden Nationen besiedelten Gebiete, wie Ost- und Westpreußen, Großherzogtum Posen und Oberschlesien, in Betracht ziehen, den spezifischen Charakter der hier stattfindenden Kontakte und des beiderseitigen Durchdringens untersuchen. Waren hier gemeinsame, ethnisch gemischte, gesellschaftliche Strukturen im Begriff zu entstehen, oder zwei gesonderte - eine deutsche und eine polnische Gesellschaft? Für Oberschlesien scheint der erste Fall zuzutreffen, wenn auch unter den oberen Schichten die polnische Bevölkerung entweder überhaupt nicht oder unterrepräsentiert war. Im Großherzogtum Posen dagegen lief die Entwicklung dem Entstehen von zwei abgesonderten Nationalgesellschaften zu. Ihre Eigenart kam in der ethnisch-kulturellen und national-politischen Entwicklung zum Ausdruck, wie auch auf dem Gebiet des Vereinswesen. In den vierziger Jahren entstand hier eine Reihe von abgesonderten - deutschen und polnischen - Gesellschaften, Vereine u.ä., wirtschaftliche nicht ausgenommen. Beide Nationen waren dabei bestrebt, ihre geistige und institutionelle Eigenart in allen Lebensbereichen zu artikulieren.[17]

Eine Typologie und eine Analyse der Verbreitung von gesellschaftlichen Institutionen beider Völker könnte eine gute Grundlage für die Vergleiche ihrer Entwicklungsphasen und Modernisierungstendenzen bilden. Neben den traditionsgebundenen Institutionen wie Zünfte, Handelsstände, Schützengilden, Rosenkranzvereine, Knappschaften u.ä., die auf der Basis einer Standesgesellschaft und feudaler Verhältnisse entstanden sind, bilden sich Institutionen neuer Art aus, wie Gelehrtengesellschaften, Leserkreise, Gesellenvereine, wie auch politische Klubs, Vereine, Parteien - wie bei den Polen während des Novemberaufstandes und dann im Pariser Exil. Ob bei ihrem Entstehen formelle, institutionelle oder informelle Bindungen maßgebend waren, scheint

[14] E.P.Thompson, The Making of the English Working Class, London 1963, S.10-11.
[15] J.Szczepański, Odmiany czasu teraźniejszego, Warszawa 1973, S.13.
[16] Vgl. A.K.Paluch, Konflikt, modernizacja i zmiana społeczna.Analiza i krytyka teorii funkcjonalnej, Warszawa 1976, S.27 bis 29 und die dort zitierte angelsächsische Literatur.
[17] B.Grześ, J. Kozlowski, A. Kramski, Niemcy w. Poznańskiem wobec polityki germanizacyjnej 1815-1920, Poznań 1976, S.32, 54 ff; über Oberschlesien: W.Długoborski, Struktura społeczna i narodowościowa wczesnoprzemysłowej aglomeracji górnośląskiej (Bytom 1800-1870) in: „Acta Universitatis Vratislaviensis" - Historia XXVII / 1976, S.200 ff.

Nebensache zu sein. Die Entwicklung dieser neuen Art von Vereinen hielt Schritt mit der Entwicklung neuer, kapitalistischer Gesellschaftsstrukturen und mit den Emanzipationsbestrebungen der neuen sozialen Schichten und Gruppen.

Alle diese Vereine entwickelten sich außerhalb von staatsgebundenen Institutionen und in den meisten Fällen in einer Opposition zum Staat. Die deutschen Staaten selbst waren in größerem (Preußen, Österreich) oder geringerem (Süddeutsche Mittelstaaten) Ausmaß den Emanzipationsbestrebungen neuer sozialer Kräfte abgeneigt, wie auch einer Partizipation dieser Kräfte im Sinne der Forderungen nach Verfassung, Parlamenten, staatsbürgerlichen Rechten und Freiheiten. In Polen trat nach der drastischen Begrenzung der Autonomie Kongreßpolens die Entfremdung zwischen Staat und Gesellschaft noch stärker als in Deutschland hervor. Alle drei Teilungsmächte betrieben hier die Politik der nationalen Unterdrückung und waren bestrebt, ihre polnischen Anteile mit dem Rest ihres staatlichen Territoriums nicht nur wirtschaftlich und verwaltungsmäßig, sondern auch sozial-politisch zu integrieren. Besonders hart hat diese Politik den polnischen Klein- und mittleren Adel im russischen Anteil (d.h. den Gebieten östlich des Bug) und nach 1831 auch im Königreich Polen getroffen. Nach den russischen Rechtsnormen verlor diese Schicht jeglichen Anspruch auf Standesprivilegien, was eine sozial-ökonomische Deklassierung der meisten ihrer Vertreter zur Folge hatte.[18]

In den deutschen Staaten, vor allem in Preußen und Österreich, also auch in ihren polnischen Gebieten, entwickelte sich das Staatswesen zu einer reinen Beamtenregierung. Dabei wurde der Dualismus zwischen dem fürstlichen Beamtenstaat und der Gesellschaft vertieft. Die politische und gesellschaftliche Emanzipation konnte nicht mehr - wie man noch im 18. Jahrhundert hoffte - durch aufgeklärte Diener des Staates, sondern nur durch Revolutionäre der neuen Gesellschaft, gegen den Staat, errungen werden.[19]

Die deutschen Staaten der Vormärzperiode waren jedoch keine über den Klassen stehenden Gebilde. Sie waren mit bestimmten Schichten des Adels verbunden, deren unmittelbaren Einfluß auf die Verwaltung vor allem auf dem Gebiet der lokalen, partikularen Interessen sichtbar wurde. In Preußen z.B. war der Anteil der Bürgerlichen unter den Landräten viel niedriger als unter der höheren Beamtenschaft und überschritt bis 1848 nicht 28%.[20] Die unter dem Druck der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung durchgeführten Reformen wurden bekanntlich „vom Throne herab" verabschiedet, ohne auf die Wünsche und Forderungen der einzelnen Schichten - mit Ausnahme des ländlichen Großadels - einzugehen. Das ökonomische Potential des Adels wurde bei der Durchführung der Reformen nicht verringert. Allenfalls wurden die rückständigsten Gruppen dieser Schicht gezwungen, die Modernisierung ihrer Wirtschaftsweise zu beschleunigen. Mit der Modernisierung im wirtschaftlichen Bereich hielt aber die Modernisierung der sozialen Strukturen, des Staatswesens, und der Formen des politischen Lebens nicht Schritt.

Diese Tendenzen kamen deutlich zum Vorschein in der Tätigkeit des bekanntesten preußischen Konservativen dieser Zeit, Fr.A.L. von Marwitz. Seine Güter bewirtschaftete er nach der neuen Weise (hohe Investitionskredite, Fruchtwechselwirtschaft, Verzicht auf Fronarbeit), gleichzeitig aber widersetzte er sich einer Beschleunigung der Bauernbefreiung und Ablösung wie auch anderer Agrarreformen aus Furcht vor ihren

[18] Vgl. M.Biernacka, Wsie drobnoszlacheckie na Mazowszu i Podlasiu. Tradycje historyczne a współczesne przemiany, Wrocław-Warszawa 1966, S.98 ff.
[19] W. Conze, Das Spannungsfeld von Staat und Gesellschaft im Vormärz, in: Staat und Gesellschaft im deutschen Vormärz 1815-1848, Hrsg. von W. Conze, Stuttgart 1962, S.212, 218-220.
[20] R.Koselleck, Preußen zwischen Reform und Revolution. Allgemeines Landrecht, Verwaltung und soziale Bewegung von 1791 bis 1848, Stuttgart 1967, S.689.

gesellschaftlichen und politischen Folgen. Im politischen Bereich strebte er eine Wiederherstellung der politischen Bedeutung des an den Grundbesitz gebundenen Adels an als einen „Mittelstand zwischen König und Volk".[21] Man könnte hier eine Analogie zur Wirtschaftsweise („Modernisierung" der Landgüter, Kapitalanlagen in der Industrie) und zum politischen Programm eines Andrzej Zamoyski im Königreich Polen nachweisen. Den polnischen Verhältnissen der fünfziger Jahren entsprechend, wollte er den grundbesitzenden Adel an die Spitze dieser Nationalbestrebungen stellen, die auf eine weitgehende Autonomie im Rahmen des Zarenreiches (Wiedererringung des Zustandes aus der Zeit vor 1831) gerichtet waren. Zamoyski und seine Standesgenossen wollten dabei eine vermittelnde Rolle zwischen dem „Volke" (d.h. dem polnischen Volke) und „dem Throne" (d.h. dem Zarenthrone) spielen. Die Agrarreformen sollten zwar die Grundlagen für eine Modernisierung des Großgrundbesitzes schaffen, der aber weder seine ökonomische noch sozial-politische Stellung einbüßen sollte.[22]

6. Sogar Programme solcher Art konnten weder in Polen noch in Deutschland in ihrem vollen Umfang öffentlich verbreitet werden. In noch stärkerem Ausmaß wurden von diesem Verbot das demokratische und liberale Gedankengut in Deutschland wie auch die ausgesprochen freiheitlichen Programme in allen drei Teilen Polens betroffen. Es ist nicht unsere Aufgabe, die Folgen dieser Lage für die politische Entwicklung beider Völker zu untersuchen. Sie hatte jedoch auch weitgehende gesellschaftliche Implikationen. Der sozial-politischen Integration „neuer" Schichten, wie der liberal gesinnten bürgerlichen Elite in Deutschland oder der Intelligentsia in Polen, wurden Schwierigkeiten in den Weg gelegt, die Entwicklung des Nationalbewußtseins wurde wesentlich erschwert, die ohnehin am Mangel des eigenen, einheitlichen Nationalstaats litt. Die von Paris aus gesteuerte Propaganda der polnischen Exil-Organisationen konnte wie jede illegale Tätigkeit nur einen beschränkten sozialen Umfang haben.

Die Unmöglichkeit, die einzelnen politischen Strömungen offen zu artikulieren, die Tätigkeit der Zensur und die Polizeiüberwachung erzeugten „Stickluft und geheimen Groll, ließen aber auch die Geruhsamkeit eines politischen Stillebens zu, wenn die Wogen sich gelegt hatten".[23] Aber auch die staatliche Bürokratie hatte es immer schwerer, die Stimmung des Volkes und das Anwachsen der sozialen Spannungen richtig zu erkennen. „Wenn die Fürsten und Minister wüßten - schrieb 1825 B.G.Niebuhr - wie philisterhaft man durchgehends wieder ist, so würden sie es zulassen, daß wir uns wieder belebten".[24] Sogar in den ersten, liberalen Jahren Friedrich Wilhelms IV. waren der Behandlung solcher Fragen wie des Pauperismus und des Gegensatzes zwischen „Reichtum und Armut" gewisse Schranken gesetzt. So konnten z.B. die damals gegründeten Komitees zugunsten der Weber im Riesengebirge auf Einspruch der preußischen Behörden ihre Tätigkeit nicht frei entfalten, und die Presse wurde beschuldigt, das Weberelend zu übertreiben und auf diese Weise Unruhe zu stiften.[25] Als die Unruhen - der bekannte Weberaufstand von 1844 - wirklich ausbrachen, erging ein Verbot, darüber zu berichten. Mochte man staatlicherseits die öffentliche Erörterung des Elends (aber nicht der sozialen Kämpfe) industrieller Proletarier nicht ohne heimliche Genugtuung dulden, da hierbei in erster Linie das oppositionelle Bürgertum belastet wurde, so verhielt man sich in der Bloßstellung von Mißständen in der Lage der Bauern anders, da solche den staatstragenden, landbesitzenden Adel direkt traf. So machte die

[21] Vgl. H.Henning, Sozialgeschichtliche Entwicklungen in Deutschland von 1815 bis 1860. Paderborn 1977, S.87 ff; ders., Quellen zur sozialgeschichtlichen Entwicklung in Deutschland..., S.36 ff.
[22] Vgl. S.Kieniewicz, Między ugodą a rewolucją (Andrzej Zamoyski w latach 1861-62), Warszawa 1962, passim.
[23] W. Conze, a.a.O., S.223 ff.
[24] Zitiert nach W.Conze, a.a.O., S.224.
[25] A. Zimmermann, Blüthe und Verfall des Leinengewerbes in Schlesien..., Oldenburg u. Leipzig 1892, S.342 ff.

preußische Regierung nicht nur im eigenen Lande die Zensur für Veröffentlichungen zu dieser Frage besonders spürbar, sondern wandte sich mit solchen Forderungen auch an die sächsische Regierung, um in der Presse des Nachbarlandes jegliche kritischen Erwägungen über die ländlichen Zustände in Preußen zu verbieten.[26]

Ähnlichen Beschränkungen unterlag auch die polnische Presse im Großherzogtum Posen, wo jedoch - aus denselben Gründen, wie im Falle der industriellen Mißstände - etwas mehr Spielraum bei den Erörterungen über die Schuld der polnischen Szlachta an der schweren Lage der ländlichen Bevölkerung eingeräumt wurde. Auch hier mangelte es aber völlig an Veröffentlichungen über die „Gärung der Gemüter", über die Gefahr von Bauernunruhen u.ä.[27] Noch weitgehender war die Bevormundung der polnischen Presse im russischen und österreichischen Teil Polens.

Kein Wunder, daß sowohl der schlesische Weberaufstand als auch der Aufstand der galizischen Bauern, beide vorauszusehende Folgen der jahrelang anwachsenden sozialen Spannungen, für die öffentliche Meinung Deutschlands bzw. Polens völlig unerwartet zu sein schienen. Wenn auch der Einfluß dieser wie auch anderer sozialer Kämpfe auf das politische Geschehen nicht unwesentlich war, so hatte er bloß einen indirekten, für Zeitgenossen kaum feststellbaren Charakter. Dies änderte sich am Vorabend der Revolution und während der Revolution selbst. „Wir hatten ein deutliches Vorgefühl - erinnert sich ein Achtundvierziger - davon, daß hier ein Wendepunkt eingetreten sei für den ganzen Inhalt zukünftiger politischer Bewegungen; das „rote Gespenst", wie man es damals nannte, die soziale Frage, hatte ihr Schwert in die Waagschale des politischen Kampfes geworfen, um nicht mehr aus dem Kampfe zu verschwinden und den Sieg der rein politischen Freiheit für alle Zeit zu erschweren, wenn nicht unmöglich zu machen".[28] So brachten die Jahre 1848-1849 in Deutschland, wie auch im Großherzogtum Posen, ähnlich wie die Jahre 1861-1863 im Königreich Polen, die Zusammenhänge zwischen gesellschaftlichen und politischen Strukturen an die Oberfläche des historischen Geschehens. Ein Prozeß, der in beiden Ländern mit einer Transformation der traditionellen Ständegesellschaft in eine Klassengesellschaft aufs engste verknüpft war.

Der beste Weg einer richtigen Erkenntnis dieser Vorgänge scheint ihre systematische Erforschung unter der Fragestellung zu sein, wie sie das Gesellschaftsbild der Zeitgenossen geprägt haben. Die Entwicklung dieses Bildes, der Wandel des „sozialen" Denkens weisen in beiden Ländern bestimmte Ähnlichkeiten auf. Gute Beispiele dazu liefern die Versuche, sogenannte „neue" mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise entstehende Schichten in den Rahmen der traditionellen Ständegesellschaft theoretisch wie auch verfassungsmäßig hineinzupressen.

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts förderte bekanntlich die preußische Regierung die Manufakturindustrie, welche ihre Entwicklung der Entstehung einer vorindustriellen Reservearmee - der ländlichen Heimarbeiterschaft und vorproletarischen, „proletoiden" Bevölkerungsgruppen in den Städten - verdankte. Diese neue Produktionsweise wurde von den Zunftschranken befreit und mit der Gesetzgebung des aufgeklärten Absolutismus in Einklang gebracht. Im Allgemeinen Landrecht für die Preußischen Staaten wurden die „Fabriken" (d.h. Manufakturen) als „Anstalten, in welchen die Verarbeitung und Verfeinerung gewisser Naturerzeugnisse im Großen getrieben wird", bezeichnet.[29] Die Grundlage dieser Definition bildete die wirtschaftliche Funk-

[26] W.Klawitter, Geschichte der Zensur in Schlesien, Breslau 1934, S.197 ff; H.Bleiber, Zwischen Reform und Revolution. Lage und Kampf der schlesischen Bauern und Landarbeiter im Vormärz 1840-1847, Berlin (DDR) 1966, S.182 ff.
[27] Vgl. A.Owsińska, Sprawa chłopska w świetle publicystyki poznańskiej z lat 1823-1848, Warszawa 1955, S.105 ff.
[28] L.Bamberger, Erinnerungen, Leipzig 1899, S.108.
[29] Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten: § 407, II, 8, Textausgabe von H. Hattenhauer, Frankfurt a.M. 1970.

tion einer „Fabrik". Die sozial-rechtliche Stellung von Arbeitern dieser Anstalten vermißte man jedoch im Landrecht gänzlich, obwohl die Stellung von allen anderen Ständen ziemlich genau beschrieben wurde. Waren also Tausende von ackerlosen heimarbeitenden Webern wie auch von außerhalb der Zunft stehenden Manufakturarbeitern von der rechtmäßigen Ständegesellschaft ausgeschlossen - ähnlich wie Vagabunden, Bettler, städtische Tagelöhner und sog. lose Leute? Für die Zeitgenossen lag die gesellschaftliche Eigentümlichkeit beider Gruppen von Arbeitern in der Tatsache, daß sie „ohne... eine besondere innere Hausautorität ihrer Vorgesetzten" zu leben und zu arbeiten pflegten.[30] In Polen war damals diese Frage noch nicht so akut. Die Manufakturarbeiter wurden entweder als Gesinde (wenn sie gerade im Arbeitsverhältnis standen) oder als „lose" Leute (wenn sie gerade keine Arbeit hatten) betrachtet. Eine nicht unwesentliche Rolle spielte dabei die Tatsache, daß sie in viel stärkerem Ausmaß als in Deutschland zusammen mit den zwangseingesetzten Bettlern, Vagabunden und Gefangenen in den adligen Manufakturen auch mit Fronbauern arbeiten mußten. Auch die wirtschaftliche Bedeutung und staatliche Förderung dieser neuen Produktionsweise war hier viel geringer als in Preußen.[31]

Die sozial-rechtliche Stellung der Manufakturarbeiter im friderizianischen Preußen wurde in der Geschichtsschreibung als „Staatsunmittelbarkeit" bezeichnet. Der Staat übernahm die Verantwortung für ihr Schicksal, kümmerte sich um sie während einer Hungersnot, sorgte aber zugleich für eine produktive Auswertung ihrer Arbeit.[32] Die Theorie des absolutistischen Ständestaates konnte alle mit der Enstehung neuer sozialer Schichten zusammenhängenden Fragen nicht bewältigen. Der Staat selbst aber war imstande, diese Fragen praktisch zu lösen und die Existenz dieser Schichten zu sichern, wobei rein pragmatische, wirtschaftspolitische Beweggründe maßgebend waren.

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde mit der weiteren Entwicklung der Manufakturindustrie wie auch mit der Entstehung der Fabrikindustrie und einem beschleunigten zahlenmäßigen Wachstum der Arbeiterschaft zur Bezeichnung dieser Schicht eine Reihe von Begriffen wie „Fabrikarbeiter", „Handarbeiter", „Proletarier" u.ä. gebraucht. Diese Entwicklung wurde aber nicht von einer präzisen, begriffsmäßigen Unterscheidung zwischen den in den Fabriken sensu stricto Beschäftigten und in anderen Arten von kapitalistischen Betrieben beschäftigten Arbeitern begleitet. Es mangelte auch an einer Definition, die alle diese Kategorien von Arbeitern umfassen und ihre Stellung in der sich wandelnden Gesellschaft bestimmen konnte.[33]

Ähnliche Begriffsverwirrungen waren zu gleicher Zeit in Polen, besonders aber in dem sich rasch industrialisierenden Königreich Polen, zu beobachten. Bis in die sechziger Jahre wurden alle Lohnarbeiter, hausindustrielle Weber und Spinner, die bei den Handwerkern angestellten Gesellen oder Lehrlinge nicht ausgenommen, entweder allgemein als „Fabrikanten" (hier waren auch die selbständigen Meister mit einbegriffen), als „Arbeiter", oder „arbeitende Bevölkerung" bezeichnet, oder in den Rahmen der traditionsgebundenen, zunftmäßigen Terminologie eingeordnet. Dies hatte zur Folge, daß - ähnlich wie in manchen deutschen Staaten - die einzelnen Fabrikbelegschaften in „Meister", „Gesellen", „Lehrlinge" aufgeteilt wurden mit der Absicht, sie den Zunftvorschriften unterzuordnen. Die Theorie war hier auf engste mit der Praxis des Wirtschaftslebens verknüpft, was den bekanntesten polnischen Volkswissenschaftler dieser

[30] Zit. nach H.Krüger, Zur Geschichte der Manufakturen und der Manufakturarbeiter in Preußen..., Berlin (DDR) 1958, S.591.
[31] Vgl. N.Assorodobraj, Początki klasy robotniczej.Problem rąk roboczych w przemyśle polskim epoki stanislawowskiej, Warszawa 1946, S.119 ff; S.Grodziski, Ludzie luźni.Studium z historii państwa i prawa polskiego, Krakow 1961, S.50 ff.
[32] R.Koselleck, a.a.O. S.129-131.
[33] Vgl. W.Conze, Arbeiter, in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd.1, 2.Aufl., Stuttgart 1974, S.219 ff.

Zeit, Fr. Skarbek, zu der Klage veranlaßte, daß „die Unvollkommenheit der die Arbeiterklasse und die Industrie betreffenden Gesetze und Ordnungen einen (ungünstigen) Einfluß auf das ganze Land auszuüben beginnt".[34]

Diese Unvollkommenheit zu überwinden hieß die soziale Struktur neu zu systematisieren und auf ein traditionelles, standesmäßiges Bild der Gesellschaft zu verzichten. Den ersten Versuchen dieser Art lagen in beiden Ländern ähnliche Voraussetzungen und Maßstäbe zugrunde - nämlich der Grad der sozialen Mobilität. W.H. Riehl hat um die Jahrhundertmitte die damalige deutsche „bürgerliche Gesellschaft" in „Mächte des Beharrens" und „Mächte der Bewegung" aufgeteilt. Der ersten gehörten Bauern und „Aristokratie", also die „historischen" Stände der feudalen Gesellschaft, an; der zweiten das Bürgertum und „der vierte Stand", welcher ein Sammelbecken aller der Bevölkerungsschichten war, denen „lediglich die Arbeit ohne den Besitz geblieben ist", was sie auch zum häufigen Wechsel des Arbeits- und Wohnortes veranlaßte. Riehl untersuchte auch die politischen Einstellungen dieser Schichten, die „in Gegensatz zu der ganzen übrigen... Gesellschaft" und in "Neid und blinde Selbstüberhebung" mündeten.[35] Das Hauptübel lag seiner Ansicht nach im Mangel an Seßhaftigkeit und Beständigkeit. Es gab nämlich auch eine andere Art von Lohnarbeitern, die mehr traditions- und ortsgebunden war und nicht „dem vierten Stand" angehörte, wie „der Bergmann [. . .] das rechte Muster eines frommen Arbeiters, der rechte Stammhalter guter alter Bräuche und Sitten", oder der ackerbesitzenden Heimarbeiter, aus solchen Gegenden, „wo irgendein Gewerbezweig notwendig den mageren Feldbau ergänzen muß und darum auch längst historisch eingewurzelt ist".[36]

Etwa dreißig Jahre später, was ungefähr dem zeitlichen Unterschied im Gang der Industrialisierung beider Länder entsprach, ist ein Verfasser, der die wirtschaftliche Entwicklung im russischen Anteil Polens, vor allem im „Königreich Polen" untersuchte, zu ähnlichen Schlußfolgerungen gekommen. Den russischen Arbeitern, die er als „Nomaden" bezeichnete, hatte er die polnischen gegenübergestellt, die meistens über einen beständigen Wohnsitz und einen beständigen Arbeitsplatz verfügen.[37] Ohne auf die Richtigkeit dieser Feststellungen näher einzugehen (im Königreich Polen gab es auch eine Menge mobiler, unbeständiger Arbeitskräfte!), scheint der Gedankengang des Verfassers dem Riehl'schen ähnlich zu sein, da er sich des Maßstabes der Mobilität als einer der Hauptkriterien des sozialen Wandels bedient.

8. Ich habe diese Fragenkomplexe zusammengestellt, die meines Erachtens für eine vergleichende Analyse der polnischen und der deutschen Gesellschaft der Jahre 1831–1850 wichtig zu sein scheinen, ohne dabei die Schwierigkeiten einer solchen Analyse aus dem Auge zu verlieren. Maßgebend war hier der polithistorische Standpunkt, das Bestreben, auf solche Seiten des sozialen Wandels hinzuweisen, die auf die Veränderungen von Umfang, Inhalt und Formen der politischen Aktivitäten beider Völker einen wesentlichen Einfluß ausgeübt haben. Sollte die wirtschaftliche Entwicklung Polens und Deutschlands verglichen werden, müßte man höchstwahrscheinlich bei der Untersuchung ihrer sozialen Aspekte einen anderen Problemkreis in Betracht ziehen.

Sowohl im ersten wie auch im zweiten Falle könnten jedoch die neuesten Forschungsergebnisse der deutschen und der polnischen Geschichtswissenschaft genügend Grundlagen für eine Analyse der sozialen Strukturen, Einstellungen und Verhaltensweisen beider Nationalgesellschaften liefern. Künftige Untersuchungen solcher Art scheinen nicht nur möglich, sondern auch zweckmäßig und fruchtbringend zu sein.

[34] Zit. nach R.Kołodziejczyk, Królestwo Polskie, in: Polska klasa robotnicza. Zarys dziejów, Bd.I Teil 1: Od przełomu XVIII i XIX w. do 1870 r, Warszawa 1974, S.114.
[35] W.H.Riehl, Die bürgerliche Gesellschaft. Hrsg. von P. Steinbach, Frankfurt a.M. 1976, S.260.
[36] Ebda, S.76-77.
[37] Vgl. Otczet I.I.Janżula po issledovaniju fabriczno-zavodskoj promislennosti v Carstve Polskim, St.Petersburg 1888, passim.